

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis für das 3. Quartal 1500 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Pettzelle 0,05 Mark × Buchhandels-Schiffszahl zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wertbeständige Löhne im Baugewerbe!

In letzter Stunde, in einem Augenblick, wo man wirklich nicht weiß, ob es nicht schon zu spät ist, gelang es am 9. August in Berlin mit den Arbeitgebern des Baugewerbes folgendes **Abkommen** über die Erhaltung der Kaufkraft des Arbeitseinkommens der Bauarbeiter zu erzielen:

Zusatzabkommen zum Reichstarifvertrag für das Baugewerbe vom 5. Juli 1922

1. Unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Bestimmung des § 5 Ziffer 4 des R. L. V. wird anerkannt, daß die Festsetzung von Richtlinien zwecks schnellerer Anpassung der Löhne an die Veränderung des Geldwertes geboten ist.

2. Demzufolge sind nach § 5 Ziffer 4 R. L. V. allmonatlich in den Bezirken Grundlöhne in Verhandlungen festzusetzen. Die zehntägige Frist des § 5 Ziffer 4 R. L. V. soll möglichst auf 3 Tage verkürzt werden. Bei jeder Lohnvereinbarung ist anzugeben, welche Indeziffer der Vereinbarung zugrunde gelegen hat. Den bezirklichen Organisationen bleibt es überlassen, welchen Indez sie zur Anwendung bringen wollen; jedoch ist der einmal gewählte Indez für die Dauer dieses Abkommens beizubehalten. In Streitfällen entscheidet der Vorsitzende des Bezirkslohnrates.

3. Während der Dauer der Grundlohnvereinbarung gemäß Ziffer 2 dieses Abkommens ist wöchentlich an vereinbarten Terminen sofort nach Bekanntwerden der Indeziffer die Anpassung der Löhne an die Änderung der in Ziffer 2 erwähnten Indeziffer in vereinfachtem Verfahren vorzunehmen, und zwar in der Weise, daß der Stundenlohn der Vorwoche im gleichen Verhältnis der Indezsteigerung erhöht wird. Der Festlegungstermin soll soweit vor dem Lohnzahlungstage liegen, daß die technischen Notwendigkeiten für Lohnberechnung und Lohnauszahlung noch erfüllt werden können, und zwar mindestens 3 Werktage.

4. Einigen sich die bezirklichen Vertragsparteien dahin, den neuen Lohn noch in der laufenden Woche auszuzahlen (das wird überall dort technisch möglich sein, wo sich die bezirklichen Vertragsparteien auf einen bestimmten bezirklichen Indez geeinigt haben), so bleibt es bei dem Lohnstufenschluß 2 oder 3 Tage vor dem Zahlungstage, wie es im jeweiligen Bezirkslohnvertrag vorgesehen ist.

5. Kann der neue Lohn in Berücksichtigung der Bestimmungen der Ziffer 3 dieses Abkommens nicht in der laufenden Woche gezahlt werden (das wird in der Regel dort zutreffen, wo sich die bezirklichen Vertragsparteien auf den Reichsindex stützen, der erst Donnerstag früh veröffentlicht wird), so läuft die Lohnwoche von Sonnabend früh bis Freitagabend. In diesem Falle erfolgt die Lohnzahlung am Dienstag nach Lohnwochenschluß, und zwar in der Weise, daß in Hinsicht auf den zurückliegenden Feststellungstag der Lebenshaltungskosten und auf die in der laufenden Woche fortschreitende Teuerung zu dem im Verhältnis zur Indezsteigerung erhöhten Lohne ein Zuschlag von 15% der Indezsteigerung kommt. In diesen Fällen ist außerdem in runder Summe am Freitag ein Vorschuß entsprechend der von Sonnabend bis Mittwoch geleisteten Arbeitszeit unter Zugrundelegung des Lohnes der Vorwoche zu zahlen.

Bei der Neu feststellung des Lohnes der nächsten Woche ist von dem Lohne der Vorwoche ohne den 15prozentigen Zuschlag auszugehen.

6. Für die besetzten Gebiete bleibt die Zustimmung der dortigen bezirklichen Organisationen vorbehalten.

7. Dieses Abkommen läuft vom 16. August bis 31. Oktober 1923. Ueber eine etwaige Verlängerung

haben sich die Parteien zu verständigen. Für die Uebergangszeit treffen die bezirklichen Organisationen Bestimmungen. Entgegenstehende Bestimmungen des R. L. V. treten für die Dauer dieses Abkommens außer Kraft.

Berlin, den 9. August 1923.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe G. V.
gez. Dr. Grundmann.

Arbeitsgemeinschaft der deutschen industriellen Bauunternehmungen:

a) Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes G. V.
gez. Dr. Krause-Rehmer.

b) Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverband für Deutschland G. V.
gez. Stroug.

Deutscher Bauwerksbund
gez. Hermann Silber Schmidt.

Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands
gez. Wolgast.

Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands
gez. Joseph Schülke.

Zentralverband der Maschinisten und Helfer sowie Berufsgenossen Deutschlands
gez. Joh. Rudolph.

Das vorstehende Abkommen besagt also: Alle Monate finden bezirkliche Verhandlungen statt, auf denen es sich jedoch nicht mehr um die Anpassung der Löhne an die jeweils eintretende Teuerung handelt, sondern ausschließlich um die Frage der Grundlöhne, die hierbei von Monat zu Monat dem Friedensreallohn wieder angenähert werden müssen. Innerhalb der Geltungsdauer dieses Vertrages, d. h. bis zum 31. Oktober d. J., wird der Lohn auf der Basis der in jedem Monat vereinbarten Grundlöhne wertbeständig erhalten, d. h. automatisch entsprechend der Steigerung der Indeziffer erhöht. Dabei ist es den einzelnen Bezirken freigestellt, ob sie den Reichsindex oder aber irgendeinen bezirklichen Indez, der vielleicht eher bekannt wird, wählen wollen. Jedenfalls aber muß es ein Lebenshaltungsindez sein.

Die Zahlung dieses wertbeständigen Lohnes kann nun in zweifacher Weise in den einzelnen Bezirken geregelt werden.

Entweder wird wie bisher ein Lohnzahlungstermin beibehalten. Dann aber kommt ein Lohn zur Auszahlung, der unter Berücksichtigung der Lebenshaltungsteuerung festgesetzt wird, die für die gleiche Lohnwoche ermittelt ist. Ein Beispiel soll das erläutern. Die Vertragsparteien eines Bezirks einigen sich auf die Indeziffer einer Stadt ihres Bezirkes, die am Montag ermittelt wird. Dann setzt sich am Dienstag eine kleine paritätische Kommission zusammen, die den Lohn ermittelt, der sich nach dieser Indeziffer, welche die Teuerung des Vortages anzeigt, ergibt. Die Auszahlung dieses Lohnes erfolgt dann bereits am Freitag der gleichen Woche, wodurch dann der Teuerung viel eher als bisher Rechnung getragen wird. Denn in diesem Falle wird ja ein Lohn gezahlt, der einer Teuerung entspricht, die tatsächlich um die Mitte der Lohnzeit, nämlich am Montag, geherrscht hat, nachdem vielleicht am Donnerstag, Freitag und Sonnabend die Teuerung noch wesentlich geringer gewesen war. Hier kann also von einer fast vollständigen Anpassung der Löhne an die jeweilige Teuerung geredet werden.

Die andere Lösung, die ebenfalls von den Bezirken getroffen werden kann, sieht zu zwei Lohnzahlungsterminen sowie eine Festlegung der Lohnwoche von Sonnabend früh bis Freitagabend vor. In diesem Falle erfolgt am Freitag eine Abschlagszahlung in

runden Summen nach dem Stundenlohn der Vorwoche. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst am Dienstag. Für die inzwischen aber möglicherweise weiter fortgeschrittene Teuerung wird ein Ausgleich in der Weise gezahlt, daß auf den entsprechend der letzten Indeziffer erhöhten Lohn ein weiterer Zuschlag von 15% der Indezsteigerung kommt.

Die Vertragsparteien waren sich jedoch darüber klar, daß diese letztere Regelung nur da stattfinden soll, wo es unmöglich ist, einen passenden Indez zu finden, der etwa 3 oder 4 Tage vor dem bisherigen Lohnzahlungstage liegt. Unseres Erachtens aber sollte es bei einigermaßen gutem Willen möglich sein, in allen Bezirken einen Indez zu finden oder notfalls zu schaffen, der die einmalige und der Teuerung früher angepaßte Lohnzahlung ermöglicht.

Mit diesem Abkommen ist hinsichtlich der Angleichung der Löhne an die jeweilige Teuerung ein nach jeder Richtung hin erfreulicher Erfolg errungen worden. Es dürfte unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl kaum eine bessere und schnellere Anpassungsmöglichkeit geben — wenn anders man nicht etwa zur täglichen Lohnzahlung übergehen wollte.

Aber auch hinsichtlich der Aufwertung der Kaufkraft unserer Löhne bringt uns das Abkommen einen Schritt voran. Während bisher im allgemeinen die zur Auszahlung kommenden Löhne erst der Teuerung Rechnung trugen, die bereits vor 11 Tagen herrschte, ist diese Frist nach dem neuen Abkommen auf 4 Tage verringert worden, das bedeutet also praktisch, daß bei der ersten Lohnzahlung nach diesem Abkommen nicht wie bisher die Indezsteigerung einer sondern zweier Wochen auf den Lohn der Vorwoche geschlagen wird. Daß damit der Realwert des Lohnes eine beträchtliche Steigerung erfährt, liegt auf der Hand. Darüber hinaus haben die Arbeitgeber die Erklärung abgegeben, auf ihre Unterverbände in dem Sinne einzuwirken, bei den Verhandlungen über die Bemessung der für den ersten Monat der neuen Lohnordnung geltenden Grundlöhne äußerster Entgegenkommen zu zeigen.

In den einzelnen Bezirken wird es nun unsere Aufgabe sein, dem Abkommen zu praktischer Wirksamkeit zu verhelfen. Ob wir uns allerdings dieses schwer erkämpften Erfolges werden freuen können, das vermag angesichts unserer gegenwärtigen allgemein politischen und wirtschaftlichen Lage kein Mensch zu sagen. Hoffen wir, daß es noch nicht zu spät ist!

Soziale Einstellung im Wirtschaftsleben

Deutschland galt vor dem Kriege als das fortschrittlichste Land hinsichtlich seiner sozialen Gesetzgebung. Unsere Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung hatte einen vorbildlichen Ruf weit über die Grenzen Europas, während die übrigen Staaten bis zum Ausbruch des Weltkrieges über die Anjahrsberatungen hierüber nicht weit hinweg gekommen sind. Wir waren auf diesem Gebiete führend und können heute jedenfalls mit Stolz von uns sagen, daß wir hier bahnbrechend gewirkt haben. Frankreich ist erst neuerdings dazu übergegangen, dieser Frage nach dem Beispiel Deutschlands näher zu treten, nach dem man dort bislang auf sozialpolitischem Gebiete nichts Wesentliches getan hatte. Aufgabe unserer gesetzgebenden Körperschaften muß es nun sein, diese Gesetzgebung so auszugestalten, daß sie den davon Betroffenen wirklich zum Segen gereicht. Mit besonderem Danke gedenken wir noch heute der alten Vorkämpfer der deutschen Sozialpolitik. Die Namen Hitze, Trimborn, Brauns, Giesbert und Stegerwald werden für alle Zeiten mit diesem Kulturwerk verbunden sein.

Rein oberflächlich betrachtet sollte man angesichts der sozialen Gesetzgebung der Auffassung zuneigen, daß auch dementsprechend die Grundeinstellung des deutschen Volkes sozial sei. Bei näherem Zusehen und Beobachten muß man aber leider die betrübende Feststellung machen, daß trotzdem in Deutschland in bestimmten Kreisen eine Stimmung

vorherrschend ist, die alles andere als sozial ist und die für die weitere Entwicklung und Gestaltung unseres ganzen Wirtschaftslebens zu den schlimmsten Beschränkungen Anlaß gibt. Gatten wir schon vor dem Kriege die schwersten wirtschaftlichen Kämpfe auszutragen, so zeigt doch die neuzeitliche Entwicklung in manchen Industriezweigen und Berufen eine Wendung gegen die sozialpolitischen Bestrebungen, die zu denken Anlaß gibt. Die fortschreitende riesige Geldentwertung bringt es mit sich, daß die Lebenslage der breitesten Volksschichten auf eine Stufe herabgedrückt wird, die den Fortbestand unseres Volkes, wie überhaupt die ganze Volkswirtschaft aufs schwerste gefährdet. Anstatt nun die Gewerkschaften in dem Bestreben zu unterstützen, einen gesunden und leistungsfähigen Arbeitnehmerstand zu erhalten, macht man ihnen hierbei alle erdenklichen Schwierigkeiten. Man denke nur an die Verhandlungen über das Anpassen der Löhne an die Geldentwertung. Was versucht man nicht gerade bei dieser Frage für allerhand Einwendungen zu machen, trotzdem doch feststeht, daß auf dem bisherigen Wege die Katastrophe nicht vermieden werden kann. Und muß nicht bei den sonstigen Verhandlungen zur Besserstellung der Arbeitnehmer um jede Kleinigkeit gezeckelt und gerungen werden? Und ist wirklich eine gewisse Verbesserung erzielt, ist sie durch die Entwicklung schon überholt.

Tatsache ist, daß die Masse immer ärmer wird. Wie sieht es in den Häusern und Familien der unteren Schichten aus? Man braucht gar nicht erst nach einem Arbeiterviertel in Berlin oder Hamburg zu gehen. Es genügt in eine beliebige Arbeiterfamilie mit zahlreicher Kinderzahl zu gehen, dann erkennt man mit Schrecken den Tiefstand der Ernährung, aber auch das ganze Elend, das auf unserem Volke liegt. Neben den hohlhändigen und eingefallenen Breden der Kleinen, die kaum noch ein Hemdchen am Leibe haben, sieht man das abgemagerte Gesicht der Mutter und das mit der Sorgenfalte gekennzeichnete Antlitz des Vaters. Und wie sieht es mit den Haushaltsgegenständen? Kein neues Möbelstück kann angeschafft werden, obwohl doch unbedingt ein Bett benötigt wird, da schon zu viele, ja oft die ganze Familie, in einem Zimmer schlafen müssen. Es ist einfach ein Bild des Jammers, das sich den Blicken des Beobachters bietet. Braucht man sich da zu wundern, wenn die in solchen unwürdigen Zuständen Lebenden schließlich zur Verzweiflung getrieben werden? Es ist einfach ein Gebot der Menschlichkeit, auf diese Verhältnisse die breitere Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Mächtig doch einmal diejenigen Kreise, die heute in Klubs, Kaffeehäusern und in Praterstraßen ihre Zeit verstreuen, sich der Mühe unterziehen und den Enttäuschten und Gequälten einen Besuch abstatten, die doch auch Deutsche und Menschen ihres Blutes sind. Man möchte glauben, dann erwachte doch das soziale Empfinden und das Bewußtsein ihres Handels läme ihnen zum Bewußtsein.

Weil eben die Gewerkschaften die ungeheure Tragweite dieser Verhältnisse klar erkannt haben, deshalb auch ihre Bemühungen, diesem Uebel zu steuern, ehe es zu spät ist. Schon oben wurde kurz die Frage der Löhne, die jetzt die Öffentlichkeit in starkem Maße interessiert, angeschnitten. Ob schon die ganze Materie von Arbeitnehmerseite doch

gewiß mit aller Objektivität behandelt wird, wird dennoch in einer gewissen Presse Stimmungsmache getrieben, die darauf eingestellt ist, einer kurzfristigen Dessenlichkeit vor den Indezlöhnen das Gruseln beizubringen. Gewissen Leuten ist es aber gar nicht darum zu tun, den jetzigen Zuständen im Wirtschaftsleben zu steuern, und dem Arbeitnehmer seinen gerechten Lohn zu sichern, weil sie befürchten, daß ihnen dann ihr „Gewinn“ etwas beschneiden werden könnte. Aber gesetzt den Fall, ihre Befürchtungen seien zutreffend, dann wäre das nach unserer Auffassung noch absolut kein Schaden, wenn ihre kostspielige Lebenshaltung zugunsten der darbedenden Preise etwas beschneiden würde.

Denken wir an das gigantische Ringen an Rhein und Ruhr! Es zeigt uns, daß noch ethische und sittliche Kräfte in unserem Volke schlummern. Sollen diese unserem Volke erhalten bleiben, dann muß auch unser ganzes wirtschaftliches Leben von sozialem Einschlag durchdrungen bleiben. Das erfordert in erster Linie, daß man dem arbeitenden Volke das gibt, was es unbedingt zum Leben braucht. Die Welt hat seit dem 11. Januar wieder Vertrauen zu Deutschland erhalten, nun ist es heilige Pflicht aller Kreise, dafür zu sorgen, daß dieses erwachte Vertrauen nicht wieder verschwindet. Die Arbeitnehmerschaft hat in den letzten Wochen und Monaten den Beweis erbracht, daß sie ihren Posten in unserer Volksgemeinschaft auch unter den schwierigsten Verhältnissen voll und ganz ausfüllt. Deshalb komme man ihr auch auf sozialem Gebiete entgegen.

Unter sozial verstehen wir hier neben der gerechten Entlohnung und Behandlung der Erwachsenen auch die entsprechende finanzielle Sicherstellung unseres Nachwuchses. Es läßt aber keinen großen Grad von sozialem Empfinden erkennen, wenn man das derzeitige Ueberangebot von Jugendlichen geistlich ausnützt, um diese mit einem Handgeld, mit gänzlich unzulänglicher Entlohnung abzupreisen. Die in der letzten Zeit uns bekannt gewordenen Fälle werfen ein grelles Schlaglicht auf die soziale Einstellung mancher Arbeitgeber. Oder ist es nicht im höchsten Maße unsozial, wenn ein Jugendlicher nur 10 % seines tariflichen Stundenlohnes erhält? Geradezu trivial und herausfordernd muß man eine derartige Handlungsweise nennen. Wir möchten an dieser Stelle alle Kreise, die es angeht, öffentlich warnen, die Geduld der organisierten Arbeitnehmerschaft auf eine zu harte Probe zu stellen. Die Folgen wären unabwehrbar.

Nicht vergessen sei in diesem Zusammenhang aber auch der Sozialrentner, sowie aller derjenigen, denen das Schicksal bitter mißspielte und die heute nur auf ihre farge Rente angewiesen sind. Obgleich jüngst durch eine Novelle die Rentenbezüge wesentlich erhöht wurden, sind sie doch heute schon wieder durch die Geldentwertung überholt. Es ist deshalb eine unbedingte Notwendigkeit, sich dieser in Wahrheit Ärmsten der Armen mehr als bisher helfend anzunehmen. Auf mancherlei Weise ist da zu helfen. Vielleicht ist bei einigem guten Willen noch mancher Arbeitgeber in der Lage, ihnen eine leichtere Arbeit zu geben, um ihnen neben ihrer Rente noch etwas Einkommen zuzuführen zu lassen. Also auch nach der Seite muß etwas mehr soziales Empfinden in Zukunft gezeigt werden.

So möge denn ein neuer sozialer Geist unser ganzes Volk durchziehen, möge Deutschland zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden werden! Die gegenwärtige Lage, die wir durchmachen, sollte uns wahrhaftig eine Lehre sein, auf daß wir aus diesen Tagen der Bedrängnis in absehbarer Zeit geläutert hervorgehen. Gleichzeitig sollte eine sittliche und religiöse Erneuerung überall im Volke Platz greifen, damit beides — soziales Empfinden und religiöses Leben uns besseren Zeiten zuführe!

F. Einig.

Bunehmende Auswanderung

Wenn das eigene Vaterland nicht ausreichend Brot und Wohnung, nicht genügende Beschäftigung bei auskömmlichem Einkommen bietet, wandern gerade die unternehmungsküftigsten, gesunden und tüchtigsten Kräfte aus. Es sei nur in unserer Erinnerung die traurige Tatsache wiederholt, daß wir im vorigen Jahrhundert auf diese Weise fünf bis sechs Millionen Deutsche verloren haben. Eine zunehmende Auswanderung ist immer ein schlimmes Merkmal wirtschaftlicher und seelischer Bedrängnis eines Volkes. Neuerdings macht sich wieder eine lebhaftere Auswanderungsküft besonders bei den eingearbeiteten tüchtigsten Facharbeitern und Technikern, aber auch bei Kaufleuten und Wissenschaftlern bemerkbar. Die Auswanderung von Textilarbeitern aus den sächsischen und westdeutschen Industriegebieten nach Nordamerika trotz der großen Hindernisse, wie Ueberfahrtskosten, schwere Einreisbedingungen usw. sind so bedenkliche Zeichen, daß Regierung und zuständige Stellen nicht länger müßig zusehen können. Es ist zwar in dieser Hinsicht schon allerhand Organisationsmaßes geschaffen worden, indes schafft man durch diese Bürokratie weder Arbeitsmöglichkeit im Inlande, noch bringt man dadurch das so sehr gesunkene Reallohnkommen der Arbeitnehmer wieder auf eine angemessene Höhe. Finanzleute und Industrielle im Auslande unternehmen dagegen alles mögliche, um die besten Kräfte herüberzuziehen und der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt das Wasser abzugraben. Man begünstigt sich nicht mehr damit, einzelne tüchtige Facharbeiter, unternehmungslustige Techniker, weltbildende Kaufleute zur Ueberstellung zu gewinnen, neuerdings sucht man Fabrikanten mit einem Stab von Arbeitern und Hilfskräften, damit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika oder in Kanada industrielle Unternehmungen nach deutschem Muster eingerichtet werden können. Nun hat man in Deutschland eigentlich schon seit Jahrzehnten sogenannte Fertigfabrikationsmaschinen, mit deren Hilfe ausläsische Konkurrenzfabriken diese unserer Qualitätszeugnisse herstellen können, auf den ausländischen Markt geworfen, so daß wir nur noch wenige Jahre zu warten brauchen, um ein Heer hungernder und arbeitsloser Menschen nachzuschicken. Der Niedgang unseres Warenports auf etwa ein Drittel bis zur Hälfte der Vorkriegszeit gibt uns ein Bild, wo wir jetzt stehen.

Während im Friedensjahr 1913 im Monatsdurchschnitt nur 1853 Deutsche nach überseeischen Ländern auswanderten, zeigt sich seit Juli 1922 eine steigende Entwicklung, wie die folgenden, der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ entnommenen Zahlen beweisen:

1913, Monatsdurchschnitt	1853
Juli 1922	1962
August 1922	4586
September 1922	4261
Oktober 1922	4718
November 1922	5285
Dezember 1922	3412
Januar 1923	3066
Februar 1923	4712
März 1923	5839

und als deutsche Nation in den sich selbst entfremdeten Deutschen wieder erweckt. Nur dadurch ward die Wiederaufrichtung von Volk, Staat und Nation vor hundert Jahren möglich. Alle diese Geistesführer haben aber damit den Deutschen ihre Muttersprache wiedergegeben, das heißt sie wieder schätzen, verstehen und lieben gelehrt. Vorher war sie das Nebenbrübel gewesen neben der französischen Fremdsprache und der mit Fremdwörtern verballhornten deutschen Schul- und Gelehrtensprache. Die letztere wollte gelehrt, klarer, vornehmer sein als die dem Volke vertraute, oft als Mundart schöpferisch gestaltete Muttersprache; weshalb man von alters her die Mundart verächtlich als das Platt bezeichnete. Während aber die bildhafte, unwillkürliche Muttersprache blühend und lebensfrisch war wie die Blume des Feldes, gleich die rationalisierte, zur Geschäftssprache und Wissensvermittlungssprache gewordene sogenannte gebildete Sprache den gepfehten und ausgetrockneten Pflanzen des Herbariums, der Pflanzenstudienmappe. Jene Deutschen, die aus dieser künstlich labrizierten Sprache ihre Geistesnahrung nahmen, vergaßen, daß sie Deutsche, ein deutsches Volk waren; sie gehärdeten sich als Weltbürger, das heißt als Weltmenschen, vor denen kein anderes Volk Achtung haben konnte.

All diese Erinnerungen sollen uns Deutschen in der Zeit schwerer äußerer Demütigung und inneren Zusammenbruchs Mahnung und Ansporn sein, Kraft zur festlichen Wiederaufrichtung als Volk und Nation zu gewinnen aus der Ehrfurcht vor dem Heiligem, das sie vor allem bietet in unserer echten unwillkürlichen deutschen Dichtung. Wie vor hundert Jahren, gilt es an dieser Quelle Genesung zu suchen, nicht in gänzlichem, selbstgefälligen Darüberschwäben oder in geistreichen Paraphrasen, sondern in derfröhlichen, liebesvollen Gelingen des klaren, schöpferischen Sinnes des eigenartigen Reichums deutschen Geistesgutes, das den Deutschen sein geistiges Gepräge und seine geistige Kraft gibt.

G. L.

**Muttersprache, redt und schlicht,
Du alte, fromme Red'!**
Wenn nur ein Mund „mein Vater“ spricht,
so klingt mir's wie Gebet!
So herrlich klingt kein Harfenton,
singt keine Nachtigall,
und helle Tränen quillen schon
hervor bei deinem Schall. —

Alaus Goch.

Unsere Muttersprache, eine Wurzel unserer Kraft

Wie ein Baum aus Wurzeln und Boden, so lebt ein Volk als Lebensgemeinschaft, als Volkstum, als Reich der Erde aus dem geistigen Gemeinschaftsgute der Muttersprache, der Heimatssprache, des gemeinsamen Symbols der Deutschen.

Warum sprechen wir vom Heiligstum der Muttersprache? Weil sie Gottes Geschenk, nicht menschliches Werk ist. Sie ist heilig wie die Gottesgabe des Lebens selbst. Weil sie eines inneren Sinn hat, der um ihre Kraft, nicht um eines äußerlichen Ruhms willen geübt wird. Dieser Sinn bezieht die tiefsten Lebenskräfte des Menschentums, der Liebe und Ehrgehr, die Freude und Sehnsucht. Nicht aber hat die Muttersprache in jeder Linie einen äußeren aufbringenden Zweck, um die wirtschaftliche, politische, soziale Schäfte zu machen. So ist unsere heilige Sprache zur Muttersprache des Aufstehens, des Lichternehmens, des Agitators eines politischen oder wirtschaftlichen Jahresverbandes wird, verliert sie Seele, Schmelz, Schönheit, bewingende Sprachekraft; sie ist dann ein Handwerkszeug. Die Mutter sprach hat Sprache mit dem Kinde nicht.

Die Mutter spricht mit dem Kinde ihre natürliche Sprache. In ihr, dem Kinde verständlich, baut sie das Paradies der Kindheit in der Kindersprache auf mit Kinderspiel und Spiel, mit Märchen und Sage, mit Gebet und glückiger Unterweisung, mit zarter Deutung alles Guten und Schönen des Lebens. Das Kind träumt und spielt noch sein Leben, und die Mutter ist ihm darin Führerin.

Aus dem schönen, guten Lebensstraume des Kinderparadieses muß sich nach und nach entfalten das anschauliche Verständnis des tiefen Sinnes des Lebens, das Ergreifen davor. Um ihm lebendigen und lebenswedernden Ausdruck zu verleihen, genügt wiederum nicht die Geschäfts- und wissenschaftliche Sprache, die mit toten Begriffen und Formeln arbeitet, sondern nur die den Sinn des Lebens allein erfüllende sinnige, bildhafte, herzergriffende Muttersprache. Vollkommen ist ihrer mächtig nur der Dichter, mag er in einem Liebes- oder sonstigen Gedicht, in einem Märchen, einer Sage, Legende oder Erzählung sagen, was er in seiner Ergreifbarkeit fühlt. Wer immer sonst aber von allem Hohen und Tiefen, wofür das Menschenherz erglöhnt, woran der jünnende Geist sich hingibt, anderen mitteilen will, der muß aus dem seelischen Reichtum der Muttersprache schöpfen, dessen Schatzkammer die deutsche Dichtung ist. Denn sie vor allem hat das Kulturgut des deutschen Volkes in die deutsche Muttersprache gebannt.

An dem Schätze seiner Muttersprache, den Märchen, Sage und die vielfältige nationale Dichtung in gebundener und ungebundener Sprache bewahren, hat sich das deutsche Volk zum Bewußtsein der seelischen Eigenart seines geistigen Reichums emporgereicht, nach manchem tiefen Fall wieder aufgerichtet. So zuletzt noch vor hundert Jahren in dem Zeitalter der großen Dichter Lessing, Herder, Goethe und Schiller, danach der Romantiker. In dem uralten Volkstum und an der mit unermesslichem Reichtum besetzten, also am höchsten Volkstum, haben sie Erweckung und Stärkung gefunden. Gest durch Vermählung ihres Geistes mit diesem ursprünglichen Gemeinschaftsgute haben sie das Selbstbewußtsein und den Willen zur Selbstbehauptung als deutsches Volk

In den abgelaufenen drei Jahren haben eine ständig wachsende Zahl Deutscher die alte Heimat auf dem Seewege verlassen. Die Zahlen der Auswanderer betragen:

1913	25 843
1920	8 458
1921	23 254
1922	36 527

Im ersten Vierteljahr 1923 sind allein schon 13 617 Deutsche ausgewandert, so daß mit diesem Jahr, da die Hauptreisezeit erst begonnen hat, wohl mit Rekordziffern zu rechnen haben werden.

Die deutschen Auswanderer benutzen jetzt wieder hauptsächlich die deutschen Häfen (mit 98 v. H.). Genauere Angaben über persönliche Verhältnisse, Herkunftsgelände und Reiseziele liegen in der Nachkriegszeit nur für die über die deutschen Häfen Ausgewanderten vor. Von den im Jahre 1922 über die deutschen Häfen beförderten deutschen Auswanderer waren 19 186 männlichen und 16 091 weiblichen Geschlechts. 50 v. H. der deutschen Auswanderer standen im unternehmungslustigsten Alter von 17 bis 30 Jahren, 27 v. H. im Alter von 30 bis 50 Jahren. — Dem Familienstande nach waren 24 717 ledig und 11 170 verheiratet. — Dem Berufe nach waren die in der Industrie und dem Bauwesen mit 11 554 am stärksten vertreten. Die nächst größere Zahl von Auswanderern, nämlich 8093, stellte die Land- und Forstwirtschaft, während dem Handel 4920 angehörten. — Nachdem die Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika gesetzlich geregelt und innerhalb gewisser Grenzen wieder freigegeben worden ist, ist der Hauptstrom der deutschen Auswanderer auf dieses Gebiet gerichtet. Im vorigen Jahre hatten 67,3 v. H. aller Auswanderer als Reiseziel Nordamerika während nach Brasilien und Argentinien 28 v. H. überhiebten.

Seider kann man aus dieser Statistik nicht entnehmen, wie viele der Ausgewanderten in dem vorher gelobten Lande bittere Erfahrungen und Enttäuschungen durchgemacht hätten, ehend zugrunde gegangen und in einem Winkel still verendet sind. In dieser Zeitschrift ist auch wiederholt schon auf die vielen Schwirbelgesellschaften hingewiesen, die unter der Firma „Siedlungs-gesellschaft“ die Auswanderungslustigen ausbeuteten und dann im Stich lassen.

Wenn man in Deutschland das Problem einer großzügigen Umstellung unserer Wirtschaft rasch, umfänglich in die Hand nehmen würde, wäre noch vieles, bei geschicktem Anpassen alles zu retten. Zunächst ist es bei der großen Wohnungsnot erforderlich, an die Belegung des heimischen Baumarktes zu denken. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit ergänzen sich hier in einer Weise, die einem weitschauenden Politiker große und schöne Aufgaben stellen. Mehr denn je muß ja heute der Deutsche Umschau halten, um im eigenen Lande Absatzmöglichkeiten für einheimische Erzeugnisse und damit Beschäftigung zu schaffen. Zum ist gerade die stillstehende Hausbauindustrie ein Gewerbegebiet, der nicht nur außerordentlich viel einheimische Arbeitskräfte beschäftigen kann, sondern dessen Rohstoffe ausschließlich in unserem eigenen, an Naturschätzen innerlich noch reichen Lande gewonnen werden. Wir haben in Deutschland genügend Mengen Natursteine, Kalk, Ton, Lehm, Holz usw., um daraus alle die Dinge herzustellen, die zum Bauen erforderlich sind. Wenn man berücksichtigt, daß voraus schon oft hingewiesen wurde, etwa ein Fünftel der Bevölkerung mehr oder weniger vom Baugewerbe und den zugehörigen Industrien abhängt, so ist es rein verständlich, wenn man das Bau- und das damit zusammenhängende Siedlungsproblem nicht mehr als bisher gefördert hat. Selbst wenn eine gewaltige Finanzmaßnahme des Bauwesens mit einer großen Inflationswelle verbunden ist, so ist aber diese Geldinflation insofern ungeschädlich, weil sie nicht in den Dienst unproduktiver Arbeit oder Arbeitslosenunterstützung gestellt wird, sondern weil sie nur neue Sachwerte schafft und überhaupt durch gesunde Wohngelegenheiten Volkskraft und Volksgesundheit erhält. Trotz guter Ansätze wird aber auch viel zu wenig die innere Kolonisation gefördert. Man muß sich vor Augen halten, daß nach vorläufigen Schätzungen wir mindestens drei Millionen Hektar kulturfähiges Moor- und Weidland, das eine allbaldige Urbarmachung und Bewirtschaftung ermöglicht, zur Verfügung haben. Es braucht eigentlich gar nicht darauf hingewiesen zu werden, weil es zu handgreiflich ist, daß eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, die restlose Ausnutzung deutschen Bodens im Lande und eine großzügige Siedlungspolitik in der Heimat nicht nur neue Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Lande schafft, sondern darüber hinaus auf mittelbare Weise eine Hebung des Reallohns der Millionen Arbeitnehmer bedeutet. Unsere auswärtigen Kolonien sind uns zunächst verloren; die innere Kolonisation ist das Erfordernis der Stunde.

Diese Zeiten bezwecken gewiß nicht, gesunde und beladene Menschen, die sich berufen fühlen, das Deutschland im Auslande hochzuhalten und sich ihren Brot und eine zweite Heimat zu suchen, von diesem Vorhaben zurückzuhalten. Diese Ausführungen mögen nur das Gewissen im eigenen Lande schärfen und allzu schnell Entschlossene vor einer zu raschen Auswanderung warnen. Ostler Böhme.

Um 18. August 1923 ist der dreihunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 in Höhe eines 1 1/2 fachen Stundenlohnes fällig.

laßung des Besitzes, wertbeständigere Zahlungsmittel und Löhne, Sicherstellung der Ernährung. Erfassung vorhandener Vorräte sind nötig. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seit langem, insbesondere auf steuerpolitischem Gebiete, durchgreifende Forderungen erhoben. Der Reichstag hat nunmehr entsprechende Beschlüsse gefaßt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird schärfstens darauf drängen, daß diese Beschlüsse sofort und rücksichtslos zur Durchführung gelangen.

Die in der Vergangenheit ungewisselhaft, insbesondere auf finanz- und wirtschaftspolitischen Gebiete begangenen Fehler dürfen aber in dieser augenblicklich besonders schwierigen Stunde unter keinen Umständen zu innerpolitischen Kämpfen und Entladungen führen. Es geht nicht an, daß in diesem Augenblick, wo infolge der katastrophalen Geldentwertung sich fast überall Mangel an Zahlungsmitteln zeigt, radikale Kreise die Rotenpresse still-

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Infolge der rasenden Verteuerung der Lebenshaltung und der dadurch notwendigen Erhöhung der Löhne läßt sich die Steigerung der Wochenbeiträge von 2000 zu 2000 Mark nicht mehr aufrechterhalten.

Der Hauptvorstand sieht sich deshalb gezwungen, bei einem Beitrag von über 100 000 Mark Beitragsmarken nur noch steigend um 10 000 Mark heranzugeben. In Zukunft können also nur noch Marken, deren Wert 100 000 Mark übersteigt, zu 110 000, 120 000, 130 000 usw. bezogen werden. Wir bitten bei Markenbestellungen darauf Rücksicht zu nehmen.

Desgleichen wird in Zukunft auf den Beitragsmarken nur noch die Anzahl der Tausender angegeben. Z. B. die Zahl 130 gleich 130 000 Mark, 150 gleich 150 000 Mark usw.

Die für die 33. bis 38. Woche geltenden erhöhten Beitragsmarken sind durch den Ausdruck eines „E“ kenntlich gemacht.

Desgleichen tritt auch bei der Erwerblosen- und Sterbenunterstützung insofern eine Aenderung ein, indem auch da bei einem durchschnittlichen Wochenbeitrag von über 100 000 Mark der Aufwand der einen Unterstützungslaufe von der anderen 10 000 Mark beträgt.

Diese Aenderung ist notwendig, um eine regelrechte Erledigung der Verbandsgeschäfte durchzuführen.

Wir bitten die Funktionäre des Verbandes, nach diesen Bestimmungen zu handeln.

Mit kollegialem Gruß
F. A.: Josef Wiedeberg.

legen, um dadurch das Chaos herbeizuführen. Es geht nicht an, daß Warenbesitzer mit ihren Beständen zurückhalten. Die Stunde verlangt, daß alle Sonderinteressen zurückgestellt und die zum Teil unvermeidliche Not gemeinsam getragen wird. Für Eigentum und Selbstsucht darf jetzt erst recht kein Raum sein.

Kein Deutscher soll vergessen, daß die tiefste Ursache bei unseren Feinden, insbesondere bei Frankreich, zu suchen ist, kein Arbeiter darf vergessen, daß ein Zusammenbruch den Sieg des französischen Militarismus und Kapitalismus bedeutet.

Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes! Christlich-nationale Gewerkschaftler! Beteiligt euch nicht an den wilden Streiks, den sinnlosen Putzstreiks, gleichviel von welcher Seite dieselben veranlaßt werden sollten. Vertraut Euerm gewerkschaftlichen Organisationen und Euerm Gewerkschaftsführern, die alles daransetzen, um möglichste Besserung zu schaffen und eine Katastrophe abzuwenden. Es besteht kein Anlaß zu hoffnungsloser Schwarzjeberei.

Die Vereinstellung der erforderlichen Lebewerke wird in kurzer Zeit die Lage auf dem Lebensmittelmärkte, insbesondere in Zeit und Kartoffeln, erleichtern. Die Unterbringung der neuen Ernte, die eine durchschnittlich gute zu werden berichtet, ist im Gange. Der Mangel an Zahlungsmitteln wird voraussichtlich in kurzer Zeit behoben sein. Aber all dies ist nur möglich, wenn Ruhe und Ordnung herrschen. Nur mit dem festen eisernen Willen, auch in schweren Stunden den Kopf hochzuhalten, können wir unser Volk und Vaterland vor Schlimmerem bewahren.

„Kraffer Egoismus macht aus Eigentum Diebstahl“

Wir finden folgende recht beherzigenswerte und zeitgemäße Ausführungen in der „Germania“, die ihr von „geschätzter geistlicher Seite“ zugegangen sind und von denen wir wünschen möchten, daß sie schon früher mit gleicher Deutlichkeit gemacht worden wären:

Seitdem angefangen der täglich wachsenden Not des deutschen Volkes und der immer dunkler werdenden Zukunft unseres Vaterlandes der Ruf nach Erfassung der Sachwerte und schärferer Besteuerung des Besitzes erhoben wird, hört

man selbstverständlicher wieder häufiger das Wort von der Heiligkeit des Eigentums, von der Unantastbarkeit des Besitzes. Und merkwürdig, gerade die Leute berufen sich heute gern auf die Unverletzlichkeit des Eigentums, die früher nicht laut genug die Omnipotenz des Staates zu preisen wußten, die beispielsweise im Kulturkampf alle Beschwerden und Forderungen der deutschen Katholiken mit dem Hinweis auf die Staatsautorität abtaten. Jetzt wird gegen die Autorität des Staates das Naturrecht angerufen, weil der Staat die Hand auf die Substanz des Vermögens zu legen droht; jetzt wird höheres Recht gegen Gesetz und Recht des Staates aufgerufen, und gerade wir, die wir stets betont haben, daß legales Recht nicht höchstes Gesetz sei, haben die Pflicht, ernsthaft zu prüfen, ob die Heiligkeit des Eigentums, die gerade wir grundsätzlich anerkennen, den Zugriff des Staates auf die Vermögenssubstanz als unzulässigen Eingriff in naturrechtlich gesicherten wohlerworbenen Besitz erweisen lassen muß.

Bei der Prüfung und Beurteilung dieser Frage befinden wir uns in einer seltsamen Lage. Jahrzehnte hindurch haben wir die Heiligkeit des Eigentums gegen die sozialistischen Irrlehren verteidigt und gelangen heute gerade in der Verteidigung der katholischen Eigentumslehre zu Ergebnissen, die auch unsere sozialistischen Gegner gern anerkennen werden. Eigentum ist Recht, Eigentum ist nach christlicher Auffassung aber auch Pflicht, — Eigentum ist Recht nur in sittlicher Einordnung, wie das ganze Naturgesetz der Unterbau der sittlichen Weltordnung ist. Das Eigentumsrecht ist nicht das höchste Recht, ist überhaupt nur Recht kraft seiner Einordnung in das natürliche Sittengesetz, woher es seine Weihe, zugleich aber auch seine Begrenzung erhält.

Das Eigentum ist nicht Selbstzweck, sondern soll in geordnete Weise der Erhaltung des einzelnen, der Familie, der Gesellschaft, dem Welt- und Wohlergehen des Menschengeschlechts dienen — Eigentum ist darum in seiner letzten Bestimmung soziales Gemeingut, trotz des unbestreitbaren Rechts des Eigentümers, in Hinsicht auf Besitz und Verwaltung ausschließlich über sein Eigentum zu verfügen. Wertet der Eigentümer aber das Bewußtsein seiner sittlichen Pflicht der Gesellschaft gegenüber, artet das Eigentumsrecht in trassen Egoismus aus, dann beginnt in der Tat nach dem viel zitierten Worte Proudhons Eigentum Diebstahl zu werden, weil dann das Eigentum seiner sittlichen Würde, seiner Heiligkeit entleert ist.

Nach christlicher Auffassung erböt der größere Besitz die Verantwortungen der Allgemeinheit gegenüber, weil nur durch die Erfüllung dieser Pflichten die Schäden geheilt werden können, die durch die hart ungleichen Verteilung des Besitzes entstehen können. Nach christlicher Auffassung ist der Besitzende der staatlichen Gesellschaft, der nicht zuletzt Erwerb, Besitz und Gebrauch des Vermögens zu danken ist, in um so höherem Maße verpflichtet, als die Volksgemeinschaft in Not gerät. Wo die freiwillige Hilfsbereitschaft des Besitzes versagt, ist es sogar Pflicht des Staates, das geordnete Verhältnis zwischen Not und Besitz, Armut und Reichtum wiederherzustellen, ist es ein Gebot der Vernunft und des Naturgesetzes, ein zusammenbrechendes Volk durch jedes mögliche und gerechte Opfer, das dem einzelnen auferlegt werden kann, zu retten.

Das deutsche Volk bricht zusammen; nur eine ungeheure Anstrengung kann vielleicht noch das letzte und schwächste abwenden. Fürchterliche Bedrückung von außen, verbunden mit finanzieller Miswirtschaft im Innern haben uns an dem Abgrund des Verderbens geführt. Jetzt darf nicht mehr erwohnen und gezauert werden. Sämtliche Hilfe tut not. Der Besitz muß erfaßt, jedes vernünftige Opfer gebracht werden. Der Staat hat nicht nur das Recht, er hat die Pflicht, ungefümt und mit aller Entschiedenheit vom Besitz die Erfüllung seiner Pflichten zu verlangen, gerade weil Besitz verpflichtet und Eigentum heilig ist und bleiben soll.“

Folgen des gefälschten Arbeitgebrundschreibens

Mit welcher Bosheit und Niedertracht heute noch das Feindeswort von der freigewerkschaftlichen Textilarbeiterzeilung veröffentlichte und bald darauf als Fälschung entlarvte „Arbeitgeber-Rundschreiben“ von gewisser Seite ausgenutzt wird, zeigt die folgende Notiz, die wir in der „Volkarbeiter-Zeitung“, dem Organ des christlichen Volkarbeiterverbandes Österreichs finden:

In deutschen Gewerkschaftsblättern war das betrautliche Rundschreiben eines sogenannten „Arbeitgeberverbandes für Industrie, Gewerbe, Gaudwert, Land- und Forstwirtschaft“ veröffentlicht worden, in welchem allerlei Maßnahmen zur Bekämpfung der „freien“ Gewerkschaftsbewegung vorgezeichnet wurden, während aus den Sympathien mit der christlichen und der katholischen Bewegung kein Geheimnis gemacht wurde. Dieses Rundschreiben, das zuerst in der Zeitschrift des „freien“ deutschen Textilarbeiterverbandes erschienen ist, war eine Fälschung. Wie der Berliner „Vorwärts“ vom 21. Februar 1923 mitteilt, hat auch der Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes bestätigt, daß es sich um eine Fälschung handle. Der „Vorwärts“ hat auch sämtliche Partei- und Gewerkschaftsblätter, die das Rundschreiben veröffentlichten, davon Kenntnis zu nehmen, daß es eine Fälschung war.

Bei uns in Österreich haben die „freien“ Gewerkschaftsblätter sich sofort auf dieses angebliche Rundschreiben gestürzt, es vollständig zum Abdruck gebracht und ihre häßlichen Vorwürfe über die „Christlichen“ hinzugefügt. Bis heute hat weder der „Metallarbeiter“, noch der „Bergmann“,

Sofortige Einfindung aller Postmittlungen für den Bezug des „Deutschen“ an die Zentrale betragend erbeten!

Allgemeine Rundschau

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Schwere Sorgen bedrängen das deutsche Volk. Das Brutal und jedem Rechtsempfinden höhnischende Vorgehen unserer Feinde an Rhein und Ruhr und die wesentlich daraus herbeigeführte Währungs- und Katastrophe haben einen Zustand geschaffen, der die größten Gefahren in sich birgt. Außerordentliche und schnelle Maßnahmen, vor allem durchdringende Steuerreform, Rente Be-

Je größer die Not, desto wichtiger der Zusammenschluß der wirtschaftlich Schwachen. — Pünktliche Zahlung der erhöhten Wochenbeiträge und sofortige Einsendung an die Hauptkasse stärken die Schlagkraft unseres Verbandes.

nach der „Staatsarbeiter“, nach der „Textilarbeiter“ der Wahrheit gemäß feststellen, daß das Rundschreiben eine plumpe Fälschung war. In der „Textilarbeiter“ vom 5. Juni heißt noch die Unverschämtheit, dieses gefälschte Rundschreiben zur Grundlage eines Leitartikels, betitelt „Der Kampf der Unternehmer gegen die freien Gewerkschaften“ zu nehmen, während schon vor mehr als drei Monaten sein reichsdeutsches Brudervergänger, das zuerst das gefälschte Rundschreiben getradet hat, die Fälschung eingestanden hat.

Die deutschen Sozialdemokraten sind doch Menschen von höheren sittlichen Qualitäten, wie unsere Genossen. Als der „Vorwärts“ die Gewerkschaftsblätter auffordert, zur Kenntnis zu nehmen, daß es sich bei dem Arbeitgeber-Rundschreiben um eine Fälschung handle, gab das „Korrespondenzblatt“, das Zentralorgan der freien Gewerkschaften Deutschlands, dem „Vorwärts“ recht; denn ein Verschweigen dieser Tatsache kann nur dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit der Arbeiterpresse zu erschüttern. Man vergleiche mit der Haltung des „Korrespondenzblattes“ die Haltung des „Textilarbeiters“, der bewußt mit dem erlogenen und gefälschten Rundschreiben weiter hausieren geht! Dem „Textilarbeiter“ geht die Lage über alles, wenn sie nur den Zwecken seiner Organisation dienlich ist. Kann ein derartiges „Arbeiterblatt überhaupt noch jemals den Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben?“

Mit der freigewerkschaftlichen Bewegung in Österreich kann es in der Tat nicht gut stehen, wenn man dort schon auf derartige Lügen und Verleumdungen angehen ist.

Sozialwirtschaftliche und soziale Kurse

a) In München-Gladbach Der 17. Volkswirtschaftliche und Staatsbürgerliche Kursus im Volkshaus zu M.-Gladbach, drei Wochen dauernd, ist vorgesehen für die Zeit vom 10. bis 29. September 1923. Anmeldungen sind schon jetzt erwünscht an das Volkshaus (Kursusleitung). Gebühren werden nicht erhoben. Auf Wunsch wird Wohnung in Bürgerhäusern und Beteiligung an gemeinsamen Mittag- und Abendessen vermittelt. In Ergänzung der Kursus-, auf denen politische Parteien oder wirtschaftliche Verbände sich mit den Aufgaben der Tages- oder Interessengruppen beschäftigen, will der Kursus die Teilnehmer aus allen Berufsgruppen zu führenden Gemeinwesen ausgründen und schulen, die fähig sind, im wirtschaftlichen, berufständischen und staatsbürgerlichen Volksgemeinschaftsleben sittlichen Bewußtsein und fruchtbarsten Bürgerwillen, das Streben nach Ausbildung der Persönlichkeit zu wecken und zu pflegen. Sodann wird ein tiefer Einblick geboten in die großen Zusammenhänge, treibenden Kräfte und vorwiegendsten Aufgaben unseres durch Krieg und Revolution zerrütteten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatslebens.

b) In Spandau

Die Evangelisch-Soziale Schule veranstaltet vom 23. September bis 14. Oktober im Johannesstift Spandau einen volkswirtschaftlich-sozialen Ausbildungskursus für Mitglieder der christlich-nationalen Bewegung, welche zur Übernahme einer Vertrauensstellung in Gewerkschaft oder Partei berufen oder geeignet sind. Arbeiterführer und Betriebsleiter haben die Referate in systematischem Zusammenhang. Interessierte Kollegen aus der Arbeiterschaft beiderlei Geschlechts haben hier Gelegenheit, sich bildungs- wie gesinnungsmäßig eine gesunde Grundlage für ihre Arbeit anzueignen. Anfragen und Anmeldebücher sind zeitig zu richten an die Kursusleitung der Ev.-Soz. Schule E. R. in Spandau, Johannesstift.

Jahrestagung 1923 des Bühnenvolksbundes

In knapp vier Jahren hat sich der Bühnenvolksbund, Vereinigung zur Theaterpflege im christlich-deutschen Volkstum (Zentralstelle Frankfurt a. M., Im Schillerplatz 1, zu einer großen Organisation entwickelt. Die bereits über 30000 Mitglieder in ihren Theatergruppen vereint und in steigendem Maße die Ideenwelt des christlichen Volkstums auf der deutschen Bühne zur Geltung bringt. In ihr vereinigen sich die schöpferischen Kräfte des jungen Deutschlands, die wollen, daß das Theater Ausdruck der Volksgemeinschaft werde. Durch seine Aktivität und geistige Gesinnungswirkung wirkt der BVV an der Spitze aller christlichen kulturellen Organisationen Deutschlands. Der Bühnenvolksbund hält seine diesjährige Tagung in den Tagen des 6. und 7. September in Berlin ab. Sie soll in freier und jugendlicher Weise am 6. September nachmittags im Sitzungssaal des Reichshauses eine öffentliche Versammlung sein, in der Hg. Dr. Ritter-Vogel den Hauptvortrag über „Das deutsche Theater als die Volksgemeinschaft“ hält. Die übrigen Verhandlungen finden im Johannesstift in Spandau statt. Vier Aussprachestriche werden sich mit den Fragen der Landesjugendorganisation, der Berufslehre, des Jugendstudiums, der Pflege der schöpferischen Kräfte und des landlichen Heimatbildes beschäftigen.

Abreise — in Argentinien

Während auch die langjährige Geschäftsführerin unserer Partei in ganz Europa sich ein erstklassiges Vollenbild erworben, der nach gewohnter Eile und Drang, kehrt

in der übrigen Welt von Tag zu Tag die Schärfe jener an, welche des kulturellen und wirtschaftlichen Fortschrittes der Menschheit halber endlich einmal Schluss der wahnwitzigen Rüstungen zu Lande und zur See fordern. Mit aller Deutlichkeit kommt dieser Standpunkt in der Erklärung des argentinischen Delegierten auf dem kürzlich stattgefundenen 3. panamerikanischen Kongress zum Ausdruck, in der es hieß: Argentinien verlange die Aufhebung der großen Heere und der großen Flotten, die das Volksvermögen aufzehren, eine beständige Bedrohung des Friedens darstellen und den Menschen sowie das Kapital und die angesammelten wirtschaftlichen Güter und die gesunden Kräfte von der Arbeit für den Fortschritt fernhalten. Argentinien bleibt seiner niemals verlegenen Ueberlieferung treu und vertraut unerschütterlich auf die Macht der Gerechtigkeit. Es ist durch Wort und Tat für die Verbreitung einer umfassenden und obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit eingetreten als eines Mittels zur Verringerung der Kämpfe von Volk zu Volk. Es ist ferner mit seinem Worte und seinem Beispiele für die Notwendigkeit eingetreten, den bewaffneten Frieden auf amerikanischem Boden grundsätzlich zu bekämpfen. In Argentinien herrscht die Gewißheit, daß der bewaffnete Friede nicht auf amerikanischem Boden gedeihen kann, da dieser von der Natur dazu berufen ist, den Samen der Freiheit und der Arbeit unter dem Schutze des symbolischen Dolchweizes auszubüben zu lassen. Bei uns denkt niemand an Waffen. Argentinien hat seit 1911 nicht eine Kanone, nicht ein Maschinengewehr erworben und hat in seinen Zeughäusern nicht einen Säbel und nicht eine Lanze hergestellt. Die modernen Erfindungen, Frucht der grausamen Erfahrungen der letzten Weltkriege, sind weder von seinen Heeren noch von seiner Flotte benutzt worden. Dagegen hat unser Volk Tausende von Schulen in den Provinzen gegründet, hat die Massen der städtischen Bevölkerung erzogen und für die, welche schlicht und wirksam an seiner Entwicklung mitarbeiten, gelangt. Dem argentinischen Wunsch kann mit keiner Regelung des bewaffneten Friedens, sondern nur mit seiner Ausrottung bis auf die Wurzel entgegengetreten werden. Wir sind keine Festmisseter. Argentinien hofft auf den endgültigen Sieg der Vernunft und des Rechtes. Die Zahl der Soldaten wird abnehmen und die der Schullehrer wachsen. Die Kanonen werden zu Maschinen für die Fabriken umgeschmolzen werden. Und wenn die Völker unseres Erdteiles, inmitten ihres Fortschrittes und der auf dem Felde der Arbeit erzwungenen Siege, inmitten des Glücks, das Vermögen ihrer Kinder nicht für Jammernde des Todes verwenden zu haben, auf die Entwidlung dieser Gedanken zurückzuführen, werden sie den Vorschlag Chiles und die eingeschlossene Mitarbeit Argentiniers als höchste Befreiung erkennen, die verhindern sollten, daß der bewaffnete Friede im jungfräulichen Boden unseres Amerika Wurzel schlage.

Lebenshaltungsindezes am 6. August = 149,53!

Wochensteigerung um 109,2 % Die Reichsindezes für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 6. August d. J. auf das 149,53fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (71476) beträgt somit 109,2 %.

Aus dem Verbandsleben

Opferplan Fendingen: Anlässlich des Todes unseres lieben Kollegen Friedrich Reubauer, der Frau und zwei unmündige Kinder hinterließ, sammelten die Kollegen der Ortsgruppe 200 Pfund und Fendingen den Betrag von 1150000 Mark, welcher der Witwe übergeben wurde. Möge dieses schöne Beispiel christlicher Charitas oft Nachahmung finden!

Sozialversicherung

Neue Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge. Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 6. August 1923 ab:

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	90000	84000	78000	72000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	75000	70000	65000	60000
c) unter 21 Jahren	54000	50000	46000	42000
2. für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	75000	70000	65000	60000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	60000	56000	52000	48000
c) unter 21 Jahren	43000	40000	37000	34000
3. als Familienmitglieder für:				
a) den Ehegatten	33000	30000	28000	27000
b) die Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Angehörige	27000	25000	23000	21000

Bau-Rundschau

Die Bautätigkeit im Juli Nach den Feststellungen im Bauernachweis der „Bauwelt“ Berlin, sind im Juli im Deutschen Reich 612 Wohnhäuser, sowie 341 Fabrikbauten angemeldet worden, gegen 2991 Neubauten im Juli 1922. Das bedeutet einen Rückgang auf ca. 30%. Die Beschäftigung des Baugewerbes ist indes lebhafter, als die geringen Zahlen neuer Häuser vermuten lassen. In den Großstädten ist die Beobachtung zu machen, daß in immer steigendem Maße Läden, deren Besitzer ihre Waren ohne die Möglichkeit der Ergänzung ausverkauft haben, zu Wohnungen umgebaut werden. Diese Erscheinung ist besonders in Wohngebieten zu beobachten, in denen sich die Läden ohne sonstige volkswirtschaftliche Berechtigung nur durch die geringe Miete halten konnten.

Das badische Baugewerbe im Jahre 1922

Auf Grund einer Sondererhebung des badischen Statistischen Amtes, die jedoch nur die Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern berücksichtigt, berichtet der Mannheimer „Generalanzeiger“: Eingeflossene badische Baugeschäfte und Bauern im Lande ansässige Zweigniederlassungen außerbadischer Firmen waren im ganzen etwa ein halbes Hundert in Baden vorhanden. Die Zahl der von ihnen innerhalb des Landes beschäftigten Arbeiter belief sich auf gegen 24000, desgleichen die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten auf über 1100. Ständige Zweigniederlassungen außerbadischer Unternehmen waren darunter 10 mit über 1600 auf badischen Baustellen beschäftigten Arbeitern. Von den einheimischen Baugeschäften (131 Betriebe, 22366 Arbeitern, 1513 Angestellten) wurden 6 von Aktiengesellschaften und 17 von Gesellschaften m. b. H. betrieben; weitere 9 Betriebe sind produktivgenossenschaftliche Bauunternehmungen von baugewerblichen Angestellten und Arbeitern, sog. soziale Bauarbeitergenossenschaften, die in der Nachkriegszeit in einer Reihe von badischen Städten entstanden sind. Nahezu ein halbes Hundert von den einheimischen Betrieben (45) sind Großbetriebe mit je über 100 Arbeitern in Baden. Die Gesamtzahl der von ihnen im Lande selbst beschäftigten Arbeiter erreichte nahezu 11000.

In der Nachkriegszeit hat insbesondere der erhöhte Kapitalbedarf zur Bildung einer Reihe von badischen Baugesellschaften durch Umgründung geführt, so sind von den Aktiengesellschaften 5 und von den Gesellschaften m. b. H. 12 nach dem Kriege gegründet worden. Die badische Bauindustrie ist größtenteils städtische Industrie, ihr Aufschwung steht im engsten Zusammenhang mit der fortschreitenden Industrialisierung des Landes und der baulichen Entwicklung der Städte. Gegen die Hälfte aller der in Frage stehenden Unternehmungen mit etwa zwei Drittel der im Lande beschäftigten Arbeiter ist in den 7 größten Städten ansässig. Von den 45 Großbetrieben (einschließlich Filialbetriebe) haben 38 ihren Hauptsitz in diesen Städten. Ihrer Betriebsart nach sind im badischen Baugewerbe alle hauptsächlichsten Spezialarbeiten des Hoch- und Tiefbaues ganz hervorragend vertreten, u. a. ist eine Spezialität auch der Beton- und Eisenbetonbau, mit dem sich die meisten Großfirmen des Landes befassen. Eine ganze Anzahl von Bauunternehmungen war in der Erhebungszeit mit öffentlichen Bauarbeiten des Staates und von Gemeinden und an größeren Industrie- und Fabrikbauten beteiligt, von deren Ausführung der Beschäftigungsgrad der Bauindustrie des Landes in großem Umfange abhing. Unter den namhaftesten badischen Baufirmen hatten 18 nachweisbar mit 3800-4000 Arbeitern an solchen Bauten Anteil. Vorübergehende Baubüros hatten 7 auswärtige Firmen in Baden etabliert und auf verschiedenen öffentlichen und Industrie- stellen des Landes 2000 Arbeiter und gegen 100 Angestellte beschäftigt. Andererseits beschäftigten auch 10 größere badische Baufirmen außerhalb des Landes 6900 Arbeiter, die in den eingangs erwähnten Arbeiterzahlen nicht mit inbegriffen sind.

Der Rückgang im Wohnungsbau infolge der allgemeinen Verteuerung des Bauens und des Nachlassens der privaten Bautätigkeit dürfte u. a. daraus hervorgehen, daß von den mittleren Baugesellschaften, die in der Vorkriegszeit hauptsächlich im Wohnungsbau tätig gewesen sind und damals noch 10 bis zu 100 Arbeiter beschäftigten, im ganzen seit 1912 bis zur Erhebungszeit über 100 wegen Verminderung der Arbeiterzahl auf weniger als 10 aus der Betrachtung ausgeschieden sind.

Sterbetafel

Am 14. Juli starb unser treuer Kollege, der Mannepoller Heirich Beite aus Gr. Gießen, im Alter von 58 Jahren an einem Hirn Schlag, der ihn kurz vor Feierabend ereilte. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren. Verwaltungsstelle Hildesheim. Am 19. Juli starb plötzlich unser treuer Kollege Bernhard Seelmeier im Alter von 46 Jahren an Herzschlag. Er war vor 20 Jahren Mitbegründer der Ortsgruppe Sarsfeld und während der ganzen Zeit eifriger Mitarbeiter. Verwaltungsstelle Hannover. Am 25. Juli starb unser treuer Kollege Friedrich Reubauer im Alter von 27 Jahren. Ortsgruppe Fendingen. Ehre ihrem Andenken!